

Schriften zum Umweltrecht

Band 88

Die Umweltpflichtigkeit der Souveränität

**Reichweite und Schranken
territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt und
die Notwendigkeit eines veränderten Verständnisses
staatlicher Souveränität**

Von

Kerstin Odendahl



Duncker & Humblot · Berlin

KERSTIN ODENDAHL

Die Umweltpflichtigkeit der Souveränität

Schriften zum Umweltrecht

Herausgegeben von Prof. Dr. Michael Kloepfer, Berlin

Band 88

Die Umweltpflichtigkeit der Souveränität

Reichweite und Schranken
territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt und
die Notwendigkeit eines veränderten Verständnisses
staatlicher Souveränität

Von

Kerstin Odendahl



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Odendahl, Kerstin:

Die Umweltpflichtigkeit der Souveränität : Reichweite und Schranken territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt und die Notwendigkeit eines veränderten Verständnisses staatlicher Souveränität / von Kerstin Odendahl. – Berlin : Duncker und Humblot, 1998

(Schriften zum Umweltrecht ; Bd. 88)

Zugl.: Trier, Univ., Diss., 1997

ISBN 3-428-09364-X

Alle Rechte vorbehalten

© 1998 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0935-4247

ISBN 3-428-09364-X

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

*Dem Andenken
meiner Eltern*

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde am Ende des Sommersemesters 1997 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Trier unter dem Titel "Reichweite und Schranken territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt. Die Notwendigkeit einer Umweltpflichtigkeit der Souveränität" als Dissertation angenommen. Sie wurde von mir unter meinem damaligen Namen Kerstin Brandt eingereicht. Die Arbeit entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin und wurde im Dezember 1996 abgeschlossen.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Gerhard Robbers, dessen wissenschaftliche Mitarbeiterin ich sein durfte. Die Arbeit an seinem Lehrstuhl, seine Offenheit und Freundlichkeit ermöglichten mir tiefe Einblicke in die wissenschaftliche Tätigkeit und Lehre. Er gewährte mir bei der Wahl und Bearbeitung meines Themas eine Freiheit, die nicht immer einfach zu handhaben war, die jedoch die Arbeit in der vorliegenden Form erst ermöglichte. Herrn Prof. Dr. Meinhard Schröder danke ich für seine Bereitschaft, das Zweitgutachten zu erstellen. Herrn Prof. Dr. Michael Kloepper sei Dank gesagt für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe "Schriften zum Umweltrecht".

Ein herzlicher Dank gilt auch meinem Mann, Herrn Dr. iur. Guido Odendahl, der mit einer unglaublichen Liebenswürdigkeit und Geduld meine Arbeit an der Dissertation begleitete und mir am Ende souverän über die Klippen der Textverarbeitung half.

Dem Auswärtigen Amt und der Mathews-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft sei für die großzügige Gewährung von Druckkostenzuschüssen Dank ausgesprochen.

Die Arbeit wurde mit dem vom Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt ausgeschriebenen Ethik-Preis 1997 (1. Preis) ausgezeichnet. Er ist mir Ehre und Verpflichtung zugleich. Ich begreife ihn als Bestätigung und als Ansporn, den von mir vorgeschlagenen Lösungsansatz einer Umweltpflichtigkeit der Souveränität weiterzuverfolgen und weiterzuentwickeln.

Ich widme die Arbeit meinen Eltern, Frau Gerlinde Brandt, geb. Groß, und Herrn Dr. rer. nat. Ulrich Brandt. Ihnen verdanke ich mehr, als sich in wenigen Worten ausdrücken läßt. Beide haben das Erscheinen dieser Arbeit nicht mehr erleben dürfen.

London, im Sommer 1998

Kerstin Odendahl

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	23
------------------	----

1. Kapitel

Die territorialen Souveränitätsrechte über die Umwelt

A. Begründung und Reichweite territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt	26
I. Die Gebietshoheit als Grundlage territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt	26
1. Gebietshoheit	26
a) Begriff	26
b) Reichweite in bezug auf die Umweltmedien	27
aa) Erdoberfläche	27
bb) Wasser	28
(1) Binnengewässer	28
(a) Flüsse	28
(b) Kanäle	29
(c) Seen und Binnenmeere	29
(2) Grundwasser	30
(3) Maritime Gewässer	31
(a) Innere Gewässer	31
(b) Küstenmeer	32
cc) Untergrund	34
dd) Luft	35
c) Reichweite in bezug auf Fauna und Flora	36
2. Die aus der Gebietshoheit resultierenden territorialen Souveränitätsrechte über die Umwelt	37
a) Die territorialen Souveränitätsrechte über Umweltmedien	37
b) Die territorialen Souveränitätsrechte über Fauna und Flora	38
II. Das Recht auf freie Ausbeutung der natürlichen Ressourcen als Grundlage territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt	39
1. Begriff der natürlichen Ressourcen	39
2. Die Forderung nach permanenter Souveränität über die natürlichen Ressourcen	39

3. Das Recht auf freie Ausbeutung der natürlichen Ressourcen	43
a) Die innerhalb des Staatsgebiets gelegenen natürlichen Ressourcen	45
b) Die natürlichen Ressourcen in den Räumen, in denen der Staat funktional begrenzte souveräne Rechte innehat	46
aa) Festlandsockel	46
(1) Begriff	46
(2) Völkerrechtliche Geltung	47
(3) Erfasste natürliche Ressourcen	50
bb) Ausschließliche Wirtschaftszone	51
(1) Begriff	51
(2) Völkerrechtliche Geltung	51
(3) Erfasste natürliche Ressourcen	54
4. Die aus dem Recht auf freie Ausbeutung der natürlichen Ressourcen resultierenden territorialen Souveränitätsrechte über die Umwelt	55
a) Die territorialen Souveränitätsrechte über die Umwelt innerhalb des Staatsgebiets	55
b) Die territorialen Souveränitätsrechte über die Umwelt in Räumen, in denen der Staat funktional begrenzte souveräne Rechte innehat	56
aa) Wirtschaftliche Nutzungsrechte (ressourcenbezogene territoriale Souveränitätsrechte) über die Umwelt	57
bb) Mögliche weitere territoriale Souveränitätsrechte über die Umwelt	57
(1) Mögliche weitere territoriale Souveränitätsrechte über Umweltmedien	57
(a) Umweltmedien im Bereich des Festlandsockels	58
(b) Umweltmedien im Bereich der ausschließlichen Wirtschaftszone	60
(2) Mögliche weitere territoriale Souveränitätsrechte über Fauna und Flora	66
(a) Fauna und Flora im Bereich des Festlandsockels	66
(b) Fauna und Flora im Bereich der ausschließlichen Wirtschaftszone	66
III. Ergebnis	67
B. Die Folgen territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt	69
I. Die Aufteilung der Umwelt in verschiedene Rechtsräume	69
II. Die territorialen Souveränitätsrechte über die Umwelt als Rechte zum Schutz der Umwelt	69
III. Die territorialen Souveränitätsrechte über die Umwelt als Rechte zur Belastung der Umwelt	70
1. Der Begriff der Umweltbelastung	71

2. Grenzüberschreitende Umweltbelastungen	73
a) Begriff	73
b) Beispiele	74
aa) Grenzüberschreitende Luftverschmutzungen	74
bb) Verschmutzung grenzüberschreitender Gewässer	74
cc) Grenzüberschreitende Bodenbelastungen	75
dd) Saurer Regen	76
ee) Strahlenverseuchung	77
ff) Platzierung umweltbelastender Anlagen	78
3. Raumüberschreitende Umweltbelastungen	79
a) Begriff	79
b) Beispiele	80
aa) Verschmutzung der Hohen See	80
bb) Verschmutzung der Antarktis	81
cc) Verschmutzung des Weltraums	83
4. Globale Umweltbelastungen	84
a) Begriff	84
b) Beispiele	85
aa) Zerstörung der Wälder	85
bb) Zerstörung der genetischen Vielfalt	87
cc) Bodenzerstörung	88
dd) Verschmutzung der Erdatmosphäre	90
ee) Zerstörung der Ozonschicht	91
ff) Treibhauseffekt	94
5. National begrenzte Umweltbelastungen	96
C. Der Konflikt zwischen territorialen Souveränitätsrechten über die Umwelt und weltweitem Umweltschutz	96
I. Abstrakte Problemstellung	96
II. Beispiele	98
III. Die Notwendigkeit von Schranken territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt	100
IV. Rechtsform der Schranken territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt	103

2. Kapitel

Die Schranken territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt

A. Die Schranken aufgrund grenzüberschreitender Umweltbelastungen	109
I. Schranken in Form von völkergewohnheitsrechtlichen Regeln und Prinzipien	110
1. Das Nachbarrecht	110

a) Historische Entwicklung	110
b) Geltungsbereich des Nachbarrechts	112
aa) Der Begriff des Nachbarn	113
bb) Die erfaßten Transportumweltmedien	113
c) Regeln des Nachbarrechts	114
aa) Materielle Regeln	114
(1) Das Verbot erheblicher grenzüberschreitender Umweltbelastungen	114
(2) Die Präventivwirkung des Verbots erheblicher grenzüberschreitender Umweltbelastungen	124
(3) Das Verbot von "ultra-hazardous activities" in Grenznähe	127
(4) Die Pflicht zur Minimierung neuer oder zusätzlicher grenzüberschreitender Umweltbelastungen	129
(5) Das Verbot grenzüberschreitender Emissionen hochgefährlicher Substanzen	132
(6) Die Pflicht zur Annahme von Hilfe bei Notfällen mit erheblichen grenzüberschreitenden Auswirkungen auf die Umwelt	135
(7) Das Diskriminierungsverbot	136
bb) Formelle Regeln	139
(1) Die Pflicht zur Warnung in Notfällen	139
(2) Die Pflicht zur Erteilung von Informationen	141
(3) Die Pflicht zur Konsultation	146
(4) Die Pflicht zur einvernehmlichen Lösung	149
(5) Die Pflicht zur grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung	151
(6) Die Pflicht zur verfahrensmäßigen Gleichbehandlung von Auslandsbewohnern	153
cc) Zusammenfassung	157
2. Das Konzept der gemeinsamen natürlichen Ressourcen	158
a) Historische Entwicklung	158
b) Der Begriff der gemeinsamen natürlichen Ressourcen	161
c) Das Prinzip der fairen und gleichmäßigen Nutzung gemeinsamer natürlicher Ressourcen	163
aa) Geltungsbereich	164
(1) Gemeinsame Wasserressourcen	165
(2) Gemeinsame Luftressourcen	173
(3) Sonstige gemeinsame natürliche Ressourcen	175
bb) Nutzungsregeln	176
(1) Materielle Nutzungsregeln	176
(2) Formelle Nutzungsregeln	179
(a) Die Pflicht zum regelmäßigen Informationsaustausch	179
(b) Die Pflicht zur Erteilung von Informationen über geplante Nutzungen	181

(c) Die Pflicht zur Konsultation über geplante Nutzungen	183
(d) Die Pflicht zur einvernehmlichen Lösung bei geplanten Nutzungen	184
(e) Die Wartepflicht bei geplanten Nutzungen	186
(f) Sonstige formelle Nutzungsregeln	187
cc) Zusammenfassung	187
dd) Das Prinzip der fairen und gleichmäßigen Nutzung gemeinsamer natürlicher Ressourcen als ressourcenbezogene Schranke territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt	188
d) Das Prinzip der fairen und gleichmäßigen Nutzung gemeinsamer natürlicher Ressourcen als Grundlage für umweltrechtliche Regeln?	189
aa) Materielle umweltrechtliche Regeln	190
(1) Geltung der materiellen umweltrechtlichen Regeln des Nachbarrechts im Bereich gemeinsamer natürlicher Ressourcen	190
(2) Geltung weiterer materieller umweltrechtlicher Regeln aufgrund nutzungsrechtlicher Aspekte	191
(a) Der sogenannte "Doppel-Test-Ansatz" beim Verbot erheblicher grenzüberschreitender Umweltbelastungen	191
(b) Die Pflicht zur Erhaltung und zum Schutz der gemeinsamen natürlichen Ressource vor Umweltbelastungen	195
(c) Sonstige materielle umweltrechtliche Regeln	197
bb) Formelle umweltrechtliche Regeln	198
(1) Geltung der formellen umweltrechtlichen Regeln des Nachbarrechts im Bereich gemeinsamer natürlicher Ressourcen	198
(2) Geltung weiterer formeller umweltrechtlicher Regeln aufgrund nutzungsrechtlicher Aspekte	199
(a) Die Pflicht zum regelmäßigen Austausch umweltrelevanter Informationen	199
(b) Die Wartepflicht bei geplanten Aktivitäten mit möglicherweise grenzüberschreitenden Auswirkungen auf die Umwelt	201
(c) Sonstige formelle umweltrechtliche Regeln	203
cc) Zusammenfassung	204
3. Der Grundsatz der guten Nachbarschaft	205
4. Das Prinzip "sic utere tuo at alienam non laedas"	208
5. Das Kooperationsprinzip	211
6. Das Solidaritätsprinzip	216
7. Das Verursacherprinzip	218
8. Das Vorsorgeprinzip	220

II.	Schranken in Form von allgemeinen Rechtsgrundsätzen	223
1.	Das Verbot des Rechtsmißbrauchs	223
2.	Der Grundsatz von Treu und Glauben	225
3.	Sonstige allgemeine Rechtsgrundsätze	226
III.	Ergebnis	228
B.	Die Schranken aufgrund raumüberschreitender Umweltbelastungen	230
I.	Schranken in Form von völkergewohnheitsrechtlichen Regeln und Prinzipien	231
1.	Völkergewohnheitsrechtliche Regeln für die Hohe See	234
a)	Materielle Regeln	234
aa)	Das Verbot der Meeresverschmutzung	234
bb)	Das Verbot der Einbringung hochgefährlicher Substanzen	237
cc)	Das Diskriminierungsverbot	239
b)	Formelle Regeln	240
aa)	Die Pflicht zur Information und Konsultation	240
bb)	Die Pflicht zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen	243
c)	Zusammenfassung	247
2.	Völkergewohnheitsrechtliche Regeln für die Antarktis	247
3.	Völkergewohnheitsrechtliche Regeln für den Weltraum	251
4.	Das Konzept des gemeinsamen Erbes der Menschheit	251
a)	Historische Entwicklung und Inhalt	252
b)	Das ökologische Element des Konzeptes des gemeinsamen Erbes der Menschheit als Schranke territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt?	255
c)	Das nutzungsrechtliche Element des Konzeptes des gemeinsamen Erbes der Menschheit als ressourcenbezogene Schranke territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt?	257
5.	Das Kooperationsprinzip	257
6.	Das Solidaritätsprinzip	259
7.	Sonstige gewohnheitsrechtliche Prinzipien	259
II.	Schranken in Form von allgemeinen Rechtsgrundsätzen	260
III.	Ergebnis	260
C.	Die Schranken aufgrund globaler Umweltbelastungen	262
I.	Schranken in Form von völkergewohnheitsrechtlichen Regeln und Prinzipien	265
1.	Völkergewohnheitsrechtliche Regeln im Zusammenhang mit der Zerstörung der Wälder	265
2.	Völkergewohnheitsrechtliche Regeln im Zusammenhang mit der Zerstörung der genetischen Vielfalt	268

3. Völkergewohnheitsrechtliche Regeln im Zusammenhang mit der Bodenzerstörung	271
4. Völkergewohnheitsrechtliche Regeln im Zusammenhang mit der Verschmutzung der Erdatmosphäre	275
5. Völkergewohnheitsrechtliche Regeln im Zusammenhang mit der Zerstörung der Ozonschicht	278
6. Völkergewohnheitsrechtliche Regeln im Zusammenhang mit dem Treibhauseffekt	283
7. Völkergewohnheitsrechtliche Prinzipien	288
a) Das Kooperationsprinzip	288
b) Das Solidaritätsprinzip	289
c) Sonstige gewohnheitsrechtliche Prinzipien	290
II. Schranken in Form von allgemeinen Rechtsgrundsätzen	291
III. Ergebnis	291
D. Die Schranken bei national begrenzten Umweltbelastungen	292
I. Grundsatz	293
II. Mögliche erste Durchbrechungsansätze	294
1. Völkergewohnheitsrechtliche Regeln	294
a) Die Pflicht zum Schutz der Umwelt innerhalb des eigenen Hoheitsbereichs	294
b) Die Pflicht zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen	295
c) Sonstige umweltrechtliche Regeln	296
d) Die Pflicht zur Erhaltung des Naturerbes der Welt	297
2. Völkergewohnheitsrechtliche Prinzipien	299
3. Allgemeine Rechtsgrundsätze	300
III. Ergebnis	300

3. Kapitel

Die Defizite der bestehenden Schranken territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt

A. Die Bedeutung der Schranken territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt für den Stand des Umweltvölkerrechts	301
B. Die Defizite des bestehenden Schrankensystems	301
I. Die rechtlichen Grundstrukturen der Schranken	302
1. Souveränitätsorientierter Ansatz	302
a) Bestandsaufnahme	302
b) Folgen	303

2. Raumorientierter Ansatz	305
a) Bestandsaufnahme	305
b) Folgen	306
3. Immissionsorientierter Ansatz	308
a) Bestandsaufnahme	308
b) Folgen	308
II. Der Regelungsansatz der Schranken	310
1. Bestandsaufnahme	310
2. Folgen	310
III. Die Reichweite der Schranken	311
1. Bestandsaufnahme	311
2. Folgen	312
C. Die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Schranken territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt	312

4. Kapitel

Vorhandene Lösungsansätze

A. Instrumentelle Lösungsansätze	315
I. Leichtere Anforderungen an die Entstehung von Völkergewohnheitsrecht	315
II. Die Ausweitung des Geltungsbereiches des Konzeptes der gemeinsamen natürlichen Ressourcen	317
III. Die Ausweitung des Geltungsbereiches des Konzeptes des gemeinsamen Erbes der Menschheit	319
IV. Gravierende Umweltbelastungen als völkerrechtliches Verbrechen	322
V. Umweltschutzpflichten als Pflichten erga omnes	324
VI. Umweltschutzpflichten als ius cogens	326
VII. Die Möglichkeit "ökologischer Interventionen"	328
VIII. Die Stärkung der Rolle der Nichtregierungsorganisationen	331
B. Souveränitätsorientierte Lösungsansätze	332
I. Das Prinzip des schonenden Souveränitätsausgleichs	332
II. Die territoriale Integrität als Ausgangspunkt	333
C. Menschenrechtliche Lösungsansätze	334

I.	Das Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt	334
II.	Der generationsübergreifende Ansatz	339
D.	Umweltorientierte Lösungsansätze	343
I.	Eigenrechte der Natur	343
II.	Das Konzept der gemeinsamen Umwelt	346
E.	Souveränitätsverkürzende Lösungsansätze	349
I.	Die Aufgabe der Souveränität	349
II.	Die Sozialpflichtigkeit der Souveränität	351
III.	Der Staat als Treuhänder über Umweltgüter	353
F.	Zusammenfassende Bewertung	355
I.	Zur Behebung der Defizite des bestehenden Schrankensystems	355
II.	Positive Einzelaspekte	357
III.	Negative Einzelaspekte	358
IV.	Die fehlende Thematisierung der territorialen Souveränitätsrechte über die Umwelt als Grundproblem	359

5. Kapitel

Die Umweltpflichtigkeit der Souveränität als Lösungsansatz

A.	Die Umweltpflichtigkeit der Souveränität	360
I.	Der Begriff der Umweltpflichtigkeit in der bisherigen Diskussion	360
II.	Die vorgeschlagene Umweltpflichtigkeit der Souveränität	361
III.	Das Lösungspotential der Umweltpflichtigkeit der Souveränität	363
1.	Überwindung der Defizite des bestehenden Schrankensystems	363
2.	Beachtung der aufgezeigten positiven und negativen Einzelaspekte der vorhandenen Lösungsansätze	364
3.	Die territorialen Souveränitätsrechte über die Umwelt als Grundproblem	367
B.	Zur Begründbarkeit der Umweltpflichtigkeit der Souveränität	368
I.	Rechtssystematische Überlegungen	368
1.	Die mit der Innehabung von Rechten einhergehende Verantwortung	368
a)	Die Verantwortung für Rechtssubjekte	369

b) Die Verantwortung für Rechtsobjekte	370
c) Die Übertragung des Verantwortungsgedankens auf die Souveränität	371
2. Die fehlende tatsächliche Beherrschbarkeit des Rechtsobjekts	372
a) Die Bedeutung der Beherrschbarkeit des Rechtsobjekts im Völkerrecht	372
b) Die Bedeutung der Beherrschbarkeit des Rechtsobjekts im nationalen Recht	374
c) Die Berücksichtigung des Gedankens der Beherrschbarkeit des Rechtsobjekts bei der Ausgestaltung der Souveränität	375
II. Die mögliche Rechtsform der Umweltpflichtigkeit der Souveränität . . .	377
1. Völkergewohnheitsrecht	377
2. Allgemeiner Rechtsgrundsatz	378
C. Auswirkungen der Umweltpflichtigkeit der Souveränität auf die beste- henden Schranken territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt	378
D. Ausblick	380
Zusammenfassende Thesen	382
Literaturverzeichnis	385
Dokumentenverzeichnis	427
Stichwortverzeichnis	446

Abkürzungsverzeichnis

A. A.	Anderer Ansicht
Abs.	Absatz
AFDI	Annuaire Français de Droit International
AIDI	Annuaire de l'Institut de Droit International
AJIL	American Journal of International Law
AJPIL	Austrian Journal of Public and International Law
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ausf.	ausführlich(e/r/s/n/m)
AVR	Archiv des Völkerrechts
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
BBergG	Bundesberggesetz
BerDGVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BFSP	British and Foreign State Papers
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BIDIntPol	Blätter für deutsche und internationale Politik
BTagsDr.	Bundestagsdrucksache
BW	Baden-Württemberg
Chap.	Chapter / Chapitre
CYIL	Canadian Yearbook of International Law
Dec.	Decision
DGVN	Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
Diss.	Dissertation
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DS	Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt
DVB1.	Deutsches Verwaltungsblatt
EA	Europa-Archiv
ebda.	eben da
ECE	Economic Commission for Europe
Ed.	Edition
ed.	editor / éditeur
eds.	editors / éditeurs
EJIL	European Journal of International Law
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention)

EPIL	Encyclopedia of Public International Law
EPL	Environmental Policy and Law
EuGRZ	Europäische Grundrechte Zeitschrift
EuR	Europarecht
EuYb	European Yearbook
FAO	Food and Agricultural Organization
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FCKW	Fluorchlorkohlenwasserstoff
FS	Festschrift
G.A.O.R.	General Assembly Official Records
GBI.	Gesetzblatt
GS	Gedächtnisschrift
GYIL	German Yearbook of International Law
Habil.	Habilitationsschrift
HdUR	Handwörterbuch des Umweltrechts
HELJ	Harvard Environmental Law Review
HILJ	Harvard International Law Journal
HLR	Harvard Law Review
I.C.J	International Court of Justice
I.C.J. Reports	Reports of Judgements, Advisory Opinions and Orders of the ICJ (Entscheidungssammlung des IGH)
IDI	Institut de Droit International
i.e.S.	im engeren Sinne
IGH	Internationaler Gerichtshof
IISL	International Institute of Space Law
IJIL	Indian Journal of International Law
ILA	International Law Association
ILC	International Law Commission
ILM	International Legal Materials
IMO	International Maritime Organization
insb.	insbesondere
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IUR	Informationsdienst Umweltrecht (ab 1993: ZUR)
IUTR	Institut für Umwelt- und Technikrecht an der Universität Trier
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
IYIL	Italian Yearbook of International Law
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KJ	Kritische Justiz
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NGO	Non Governmental Organization
NILR	Netherlands International Law Review
NJ	Neue Justiz

NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NordTIR	Nordisk Tidsskrift for International Ret
NuR	Natur + Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NYIL	Netherlands Yearbook of International Law
o.Ä.	oder Ähnliches
OEA	Organización de Estados Americanos
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
ÖBGBl.	Österreichisches Bundesgesetzblatt
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung
ÖZöRV	Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht
o.g.	oben genannt(e/r)
para.	Paragraph, Abschnitt
PCIJ	Permanent Court of International Justice
RabelsZ	Rabels Zeitschrift
rd.	rund
RdC	Recueil des Cours à l'Académie de Droit International
Rdnr.	Randnummer
Rec.	Recommendation
Res.	Resolution
RGDIP	Revue Générale de Droit International Public
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIAA	United Nations Reports of International Arbitral Awards
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RMC	Revue du Marché Commun (et de l'Union Européenne)
SchwJIR	Schweizerisches Jahrbuch für Internationales Recht
sm	Seemeilen
Sp.	Spalte
SRÜ	Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
Suppl.	Supplement
UN	United Nations
UNEP	United Nations Environment Programme
UNTS	United Nations Treaty Series
UNYB	United Nations Yearbook
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
U.S.R.	United States Reports
UTR	Umwelt- und Technikrecht (Schriftenreihe des Instituts für Umwelt- und Technikrecht an der Universität Trier)
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
u.z.	und zwar
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VN	Vereinte Nationen. Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen

Vol.	Volume
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
WCED	World Commission on Environment and Development
WV	Wörterbuch des Völkerrechts
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung
YbICJ	Yearbook of the International Court of Justice
YbIEL	Yearbook of International Environmental Law
YbILC	Yearbook of the International Law Commission
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAU	Zeitschrift für angewandte Umweltforschung
ZfU	Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht (bis 1992: IUR)

Einleitung

Umweltbelastungen machen an Grenzen nicht halt. Diese mittlerweile oft als banal bezeichnete Feststellung hat auf die Ausgestaltung des Umweltrechts, insbesondere des Umweltvölkerrechts, bisher kaum einen nennenswerten Einfluß gehabt. Die staatliche Souveränität und die damit einhergehende Handlungs- und Entscheidungsfreiheit der Staaten auch und gerade in Umweltschutzfragen stehen am Anfang aller umweltvölkerrechtlichen Fragestellungen. Ausgegangen wird von der Freiheit der Staaten, die nur durch konkrete umweltvölkerrechtliche Regeln beschränkt werden kann.

Aus der historisch gewachsenen Souveränität der Staaten resultiert eine auf ihr Hoheitsgebiet bezogene Handlungs- und Entscheidungsfreiheit, die auch den Umgang mit der das Hoheitsgebiet ausmachenden Umwelt erfaßt. Aus der ausschließlichen territorialen Zuständigkeit der Staaten ergeben sich die im folgenden als "territoriale Souveränitätsrechte über die Umwelt" bezeichneten ausschließlichen Befugnisse der Staaten in Umweltfragen innerhalb ihres Hoheitsbereiches. Folge der territorialen Souveränitätsrechte über die Umwelt ist eine Parzellierung der Umwelt in verschiedene Rechtsräume. Das Recht arbeitet im Bereich der Umwelt mit der Fiktion der Aufteilbarkeit einer nicht aufteilbaren Einheit. Recht und Wirklichkeit fallen auseinander.

Die Mehrzahl der Umweltbelastungen hat ihren Ursprung in dem Hoheitsgebiet der Staaten. Die fortschreitende technische Entwicklung, aber auch die in der Dritten Welt anzutreffende armutsbedingte Ausbeutung der Umwelt, haben Umweltbelastungen zur Folge, die sich aufgrund natürlicher Wasser- und Luftbewegungen und der ständigen Veränderung der Elemente der natürlichen Umwelt nicht mehr nur lokal auswirken. Sie betreffen auch andere Staaten, staatsfreie Räume oder aber sogar die Erde in ihrer Gesamtheit. Lokales umweltrelevantes Handeln hat mögliche globale Folgen. Es stellt streng genommen nicht mehr eine nur interne Angelegenheit der Staaten dar.

Gegenstand der folgenden Untersuchung ist zunächst die Frage nach der Begründung und Reichweite territorialer Souveränitätsrechte über die Umwelt sowie deren Konflikt mit globalen Umweltschutzerfordernissen. Daran anschließend wird untersucht, welche Schranken den territorialen Souveränitätsrechten über die Umwelt derzeit gesetzt sind. Nach einer Analyse und Systematisierung der Defizite des bestehenden Schrankensystems sowie einer Untersuchung der bestehenden Lösungsansätze wird versucht, einen eigenen, allen aufgezeigten Aspekten gerecht werdenden Lösungsvorschlag für den Konflikt zwischen staatlicher Souveränität und globalen Umweltbelangen zu entwickeln. Der

Vorschlag geht dahin, von der "Umweltpflichtigkeit" staatlicher Souveränität auszugehen.

Nicht Gegenstand der Untersuchung sind die ebenfalls den Souveränitätsrechten über die Umwelt zuzurechnenden umweltrelevanten Handlungs- und Entscheidungsfreiheiten der Staaten innerhalb der staatsfreien Räumen. Umweltbelastungen entstehen nicht nur innerhalb der Hoheitsbereiche der Staaten, sondern auch in den staatsfreien Räumen, etwa durch Schiffe auf Hoher See oder Raumfahrzeuge im Weltraum, die den nationalen Umweltschutzvorschriften eines Staates unterstehen. Die in dieser Beziehung geltenden umweltrelevanten Souveränitätsrechte könnte man im Gegensatz zu den territorialen Souveränitätsrechten als "personale Souveränitätsrechte über die Umwelt" bezeichnen. Da der Anteil der innerhalb der staatsfreien Räume verursachten Umweltbelastungen an der Gesamtheit der weltweiten Umweltbelastungen im Vergleich zu den innerhalb der Hoheitsbereiche der Staaten verursachten Umweltbelastungen verhältnismäßig gering ist, soll eine Auseinandersetzung auch mit diesen Souveränitätsrechten über die Umwelt hier außen vor bleiben.

1. Kapitel

Die territorialen Souveränitätsrechte über die Umwelt

Die historisch gewachsene staatliche Souveränität¹ ist Grundlage der ausschließlichen räumlichen Zuständigkeit des Staates innerhalb eines bestimmten Raumes auf der Erde. Der Staat genießt innerhalb seines Hoheitsbereiches grundsätzlich Handlungs- und Entscheidungsfreiheit und ist Inhaber der ausschließlichen Jurisdiktion.²

Aus dieser räumlich begrenzten Handlungs- und Entscheidungsfreiheit ergeben sich für den Staat auch Rechte zum Umgang mit der seinen Hoheitsbereich ausmachenden Umwelt bzw. Rechte zur Entscheidung über den Umgang mit der Umwelt in dem betreffenden Raum. Es ist der Staat, der aufgrund seiner Souveränität darüber entscheidet, wie mit der Umwelt innerhalb seines Staatsgebietes umgegangen wird. Diese Rechte sollen im folgenden unter dem Begriff "territoriale Souveränitätsrechte über die Umwelt"³ näher dargestellt und untersucht werden.

¹ Zur geschichtlichen Entwicklung des Souveränitätsbegriffs vgl. u.a. *Verdross / Simma*, Universelles Völkerrecht, 1984, §§ 31 ff.; *Grewe*, Epochen der Völkerrechtsgeschichte, 1988, S. 96 ff., 130, 197 ff., 201, 211 ff., 381, 487 f., 592 f., 623 ff., 639 ff. 763 ff.; *Kimminich*, Die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, 1970, S. 11 ff.; *van Kleffens*, Sovereignty in International Law, in: RdC 1953 / I, S. 1 (8 ff.); *Ophüls*, Staatshoheit und Gemeinschaftshoheit, in: FS Carl Heymanns Verlag KG, 1965, S. 519 (521 ff.); *Sauer*, Souveränität und Solidarität, 1954, S. 13 ff.; *Adam*, Souveränität und Sittlichkeit. Eine Anmerkung zum Mythos des Staates, in: Der Staat 1994, S. 395 ff. Ausführlich zu der Entstehung des Begriffs und zu der Souveränitätstheorie Jean Bodins: *von der Heydte*, Die Geburtsstunde des souveränen Staates, 1952; *Quaritsch*, Staat und Souveränität, 1970; *ders.*, Bodins Souveränität und das Völkerrecht, in: AVR 1977/78, S. 257 ff.

² Vgl. *Mann*, The Doctrine of Jurisdiction in International Law, in: RdC 1964 / I, S. 3 ff.; *Beale*, The Jurisdiction of a Sovereign State, in: HLR 1922-23, S. 241 ff.

³ *Beyerlin* verwendet dafür den Ausdruck "Umweltnutzungsrecht", vgl. *ders.*, Staatliche Souveränität und internationale Umweltschutzkooperation, in: FS Bernhardt, 1995, S. 937 (948).